

Rede CN Bürgerschaftssitzung 22.05.2019 LINKE-Antrag Drs. 21/17131

Mut gegen Armut - Hamburg braucht eine behördenübergreifende Anti-Armutsstrategie

Sehr geehrte Frau / Herr Präsident (-in), meine Damen und Herren,

eine Gesellschaft verrät viel über sich selbst, wenn man den Umgang mit den Schwächsten in der Gesellschaft betrachtet. Die Schwächsten das sind meist Kinder, Menschen mit starken Behinderungen oder Menschen in bitterer Armut.

Daher ist ein edles Anliegen gerade diese bittere Armut zu bekämpfen.

Dabei geht die Vorstellung davon, was Armut eigentlich ist, sehr weit auseinander; gerade dann, wenn man Menschen rund um den Globus befragt, was sie unter Armut verstehen, und ob sie sich selbst als Arm bezeichnen würden.

Es gibt Schwellenländer, in denen Menschen ohne Obdach, ohne angemessene Kleidung und ohne ausreichend Nahrung ums nackte Überleben kämpfen. Und es gibt Industrienationen, in denen Menschen sich schon als arm empfinden, wenn Sie sich nicht ganz so viel wie der Nachbar leisten können.

In letzterem Fall wird häufig der Begriff der relativen Armut bemüht. Dieser hat mit tatsächlicher Armut aber herzlich wenig zu tun.

Nach dieser Definition gilt jemand schon als arm, wenn er 60% des Durchschnittseinkommens verdient.

So werden unterdurchschnittlich verdienende Mitbürger als armutsgefährdet hingestellt. Wer aber die Symptome nicht mit dem Geld anderer Leute zuschütten will, sondern an einer effizienteren Armutsbekämpfung interessiert ist, der setzt auf marktwirtschaftliche Alternativen.

So konnten Volkswirtschaften, die weniger auf Umverteilung, sondern mehr auf wirtschaftlichen Aufschwung gesetzt haben die Wohlfahrt in ihren Ländern in einem solchen Maß erhöhen, dass die Armut bereits nach wenigen Jahren halbiert werden konnte. Klar, auch in diesen Ländern gibt es nach wie vor arme Menschen. Aber eben nicht mehr so Viele. Und nicht mehr auf so einem niedrigen Niveau.

Aber lassen Sie uns nun einige der Forderungen aus dem Forderungskatalog dieses Profilierungs-Antrags kurz vor den Wahlen im Einzelnen betrachten: So wird hier ein Landesmindestlohn von 13€ mit jährlichen Anpassungen gefordert. Klingt erstmal toll, bedeutet aber den Ausschluss weiterer größerer Gruppen Geringqualifizierter aus dem Arbeitsmarkt. Diesen wird die Chance einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden weiter massiv erschwert. Und man verdammt sie zu einem Dauerbezug von Transferleistungen. Wissen Sie ich komme aus einem sozialdemokratisch geführten Land. Und, selbst dort wird mehr auf Eigenverantwortung gesetzt. Der Staat ist nicht dazu da Tarife und Bezahlungen festzulegen und Transferleistungen nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Das ist keine Kernaufgabe eines Staates. Aktive Hilfe zu Selbsthilfe ist das Stichwort. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Des Weiteren wird eine Quote von mindestens 50% für den öffentlich geförderten Wohnungsbau bei der jährlichen Neubauwohnung gefordert. Also eine deutliche Abkehr vom Drittmix. Von einer guten Durchmischung in den Quartieren kann dann keine Rede mehr sein. Eine solche Übersubventionierung zu Gunsten einiger Auserwählter ist ebenso nicht Aufgabe der Stadt. Auf Kosten der Allgemeinheit werden dem Wohnungsmarkt frei verfügbare Wohnungen entzogen. Dadurch wird zusätzlich eine künstliche Verknappung bewirkt, was die allgemeinen Mieten weiter nach oben treibt. Mit Verlaub, aber das können Sie nicht ernst meinen.

In den weiteren Punkten werden noch ganz viele weitere teure Wahlgeschenke gefordert, die den Zielgruppen dann kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollen. Stichwort: Kultur, Gesundheit, Mobilität, Bildung, Grundsicherung im Alter, Pflege und so weiter. Bei allem bleibt – wer hätte es gedacht – die Finanzierungsfrage ungeklärt.

Aus den genannten und vielen weiteren Gründen werden wir dem Antrag folglich nicht zustimmen.

Vielen Dank!